

Zeitschrift: Tec21
Herausgeber: Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
Band: 127 (2001)
Heft: 48: Schall

Sonstiges

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

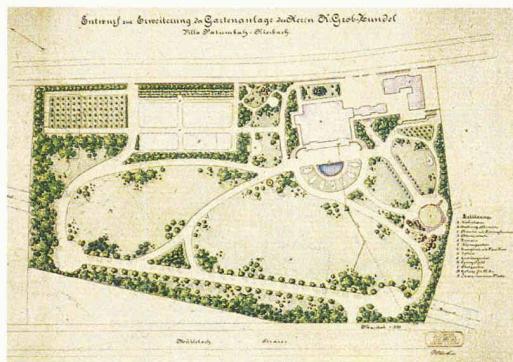
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neue Chance für Patumbah-Park

Seit Jahren versucht die Stadt Zürich für Park und Villa Patumbah eine Lösung zu finden, die eine öffentliche Nutzung der denkmalgeschützten Anlage ermöglichen würde. Mit dem Engagement der privaten Investorin Lis Mijnssen eröffnet sich nun eine Chance. Mijnssen plant einen Hammam, gesucht wird einmal mehr ein Käufer für Park und Villa.



Patumbah-Park von Evariste Mertens, Entwurf zur Erweiterung der Gartenanlage von C. Grob-Zindel von 1890.
Umstritten ist der nördliche Parkteil (links). Der südliche Teil gehört der Stadt Zürich, die Villa ist im Besitz der Stiftung zur Erhaltung des Patumbah-Parks
(Bild: Stadt Zürich)

(sda/rw) Die Wiedervereinigung und Erhaltung der Parkteile des Patumbah-Parks an der Zollikerstrasse 128/130 im Zürcher Quartier Riesbach erhält dank der privaten Investorin Lis Mijnssen eine neue Chance. Mijnssen hat die Erbengemeinschaft ausbezahlt, die im Besitz des grösseren, nördlichen Parkteils war, wie die Stiftung zur Erhaltung des Patumbah-Parks Anfang November verlauten liess. Damit sei eine Wohnbausiedlung mit rund 60 Wohnungen vorerst abgewendet. Ein früherer Geldgeber der Stiftung war Anfang 2000 von seinem Engagement zurückgetreten. Der kleinere, südlische Teil der ehemaligen Parkanlage im Besitz der Stadt Zürich ist 1991 rekonstruiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die Rettung des nördlichen Teils und die Restaurierung der Villa sind bisher an Rekursen und am hohen Finanzbedarf gescheitert.

Acht Millionen Franken für den restlichen Parkteil hat Mijnssen nur auf Zeit geleistet. Sieben Monate gibt sie der Stiftung zur Erhaltung des Patumbah-Parks, um einen Käufer für die oberen zwei Drittel des Parks zu finden. Nach Möglichkeit soll ein Interessent gefunden werden, der bereit ist, auch die Villa zu übernehmen und den mittleren Parkteil unbebaut zu lassen. Damit könnte das Kernstück des Parks wieder vereint und öffentlich zugänglich gemacht werden. Der oberste Teil entlang der Zollikerstrasse soll Baubereich sein. Nach Wunsch der Stiftung, Mijnssens und der Stadt Zürich soll die Bauparzelle nur im Zusammenhang mit der Villa Patumbah für öffentliche oder kulturelle Nutzung abgegeben werden. Zudem müsste der mögliche künftige Investor neben den 8 Mio. Fr. für zwei Drittel des nördlichen Parkteils noch 2,5 Mio. Fr. für die Übernahme der Villa aufwenden. Da die Villa renoviert werden muss, kommen zusätzliche Renovationskosten von schätzungsweise 12 Mio. Fr. dazu. Allerdings sind dafür Subventionen von Stadt (3,5 Mio. Fr.) und Kanton (4,3 Mio. Fr.) zu erwarten.

Ein Hammam im Park

Im untersten Drittel des nördlichen Parkteils möchte Mijnssen auf eigene Kosten einen Hammam und ein orientalisches Café errichten. Das als niedriger Bau entlang der Mühlebachstrasse geplante orientalische Dampf- und Wasserbad soll öffentlich und nach Geschlechtern getrennt sein. Die Architektinnen sind Anja Maisen und Manuela Mosele, Zürich, Helen den Hartog ist für die Projektleitung verantwortlich. Das Bad besteht aus drei Warmräumen, einem Entspannungs- und einem Umkleideraum. Der Stadtrat ist mit dem Hammam-Projekt einverstanden, die Stadt wäre auch bereit, künftig den gesamten Park zu unterhalten. Sollte die angestrebte Lösung nicht zu Stande kommen, hat Mijnssen das Recht, die ganze nördliche Parkhälfte als Bauland zu verwenden. Die ehrgeizigen Pläne bedingen eine Änderung der baurechtlichen Voraussetzungen. Der heute auf 90 % festgelegte Wohnanteil muss für den Hammam auf null gesenkt werden.

Eine 116-jährige Geschichte

Der Patumbah-Park hat eine 116-jährige Geschichte. 1883 wurde er von Carl Fürchtegott Grob-Zindel erworben. Er liess das Haus Patumbah, zu deutsch «ersehntes Land», und den Park errichten. Die Anlage, ein Ensemble, bestehend aus Villa, Remise und Park mit Pavillon, ist eine der wichtigsten Villenanlagen des ausgehenden 19. Jahrhunderts in der Stadt Zürich und ein Schutzobjekt von kantonaler Bedeutung. Die Einmaligkeit der 1883–1885 durch die Architekten Chiodera & Tschudy errichteten Villa beruht auf dem Detailreichtum, mit dem die verschiedenen klassischen Baustile zu einem harmonischen Gefüge unter Einschluss malaiischer Form- und Farbelemente zueinander in Beziehung gesetzt sind.

1911 ging die Villa an das Diakoniewerk Neumünster über, das 1929 den grösseren nördlichen Teil an eine benachbarte Familie verkaufte. Die Stadt Zürich kaufte den Diakonissen die Villa und den südlichen Parkteil 1977 aus denkmalpflegerischen Gründen ab. Die Anträge des Stadtrats, auch den nördlichen Teil unter Schutz zu stellen, scheiterten 1994 an verschiedenen Rekursen. Seither ist der nördliche Teil als Wohnbauzone II eingestuft. 1999 hat der Stadtrat die Villa Patumbah der Stiftung zur Erhaltung des Patumbah-Parks verkauft, welche die integrale Erhaltung der ursprünglichen Anlage mit Villa und Park und die Öffnung für das Publikum anstrebt.

WOHNEN

Günstige Wohnungen werden knapp

Die Situation auf dem Mietwohnungsmarkt hat sich in den letzten zehn Jahren wenig bewegt. Allerdings verschwinden die günstigen Wohnungen. Dies betrifft die unteren Einkommensschichten, und zwar umso härter, als sie ohnehin schon mehr für die Miete ausgeben als besser Verdienende. Für die Zukunft zeichnet sich eine Verschärfung der Situation ab.

(sda/rw) Schweizerinnen und Schweizer geben rund ein Fünftel ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aus. Daran hat sich zwischen 1990 und 1998 nur wenig geändert. 19,6% des Einkommens gaben die Mieter 1998 im Durchschnitt für ihre Wohnungen aus. Das geht aus der eidgenössischen Verbrauchserhebung 1998 hervor. Das Bundesamt für Wohnungswesen hat sie mit Blick auf die Mieten ausgewertet und diese Ergebnisse am 8. November in einer Studie veröffentlicht. Verschiebungen trafen vor allem die unteren Einkommensklassen. 1990 lag die Bruttomietbelastung bei 19,4%. Die Mieten stiegen zwischen 1990 und 1998 um rund 25% an. Das Einkommen der Mieterhaushalte vergrösserte sich aber nur um 20%. Dass die durchschnittliche Belastung nicht höher wurde, hat laut Bundesamt für Wohnungswesen mehrere Gründe. Einerseits habe die entspannte Wohnungsmarktlage dazu beigebracht, dass die Anbieter sensibel auf die Zahlungsfähigkeit der Mieterschaft reagierten. Zudem hätten die Mieter leichter eine Wohnung gefunden, die ihren Bedürfnissen entsprach.

Günstige Wohnungen verschwinden

Nicht alle profitierten von dieser Situation. 1998 wurden im Schnitt 1162 Franken Bruttomiete monatlich bezahlt. Die Hälfte aller Haushalte zahlte weniger als 1085 Fr. Acht Jahre zuvor lag dieser Wert noch bei 815 Fr. Das Bundesamt führt dies auf den Rück-

gang von günstigen Wohnungen unter 800 Fr. zurück.

Jeder fünfte Haushalt musste über 25% des Einkommens für die Miete aufwenden. Überdurchschnittlich viel zahlten Alleinerziehende. Diese Haushalte seien auf Unterstützung angewiesen, hält das Bundesamt für Wohnungswesen fest. Sie könnten mit der gezielten Förderung von preisgünstigen Wohnungen entlastet werden. Diese Erkenntnisse seien bereits im Entwurf des neuen Bundesgesetzes über die Förderung von preisgünstigem Wohnungsbau berücksichtigt worden. Am günstigsten waren die Wohnungen im Espace Mittelland, am teuersten in der Region Zürich. Die grössten Aufschläge waren zwischen 1990 und 1998 in der Zentral- (34%) und der Ostschweiz (31%) zu verzeichnen.

Weniger Wohnungen in der Stadt Zürich

In der Stadt Zürich werden – den bekannten stadträtlichen Appellen zum Trotz – immer weniger Wohnungen gebaut. Im dritten Quartal kamen 168 Wohnungen auf den Markt, wie das Statistische Amt der Stadt Zürich am 24. Oktober mitteilte. Im zweiten Quartal waren es 269, vor einem Jahr 334. Fast die Hälfte aller Neuwoningen entstand im Stadtkreis 9 (Altstetten).

Aufgrund der im Bau befindlichen Wohnungen kann zwar damit gerechnet werden, dass in näherer Zukunft das Angebot an neuen Wohnungen zunimmt. Am 30. September waren laut Statistischem Amt 483 mehr Wohnungen im Bau als vor drei Monaten und 386 mehr als vor einem Jahr. Mitterfristig sieht die Situation jedoch weniger günstig aus. Nur noch 201 Wohnungen wurden neu bewilligt. Dies sind gerade vier mehr als im Vorquartal. Im ersten Quartal waren es noch 429, vor einem Jahr 344. Der Anteil an grossen Wohnungen nimmt langsam zu: 46,4% der neu gebauten Wohnungen haben vier oder mehr Zimmer. Vor einem Jahr waren es 42,5%, vor drei Monaten 61,3%. 78,6% der neu bewilligten Wohnungen haben vier oder mehr Zimmer. Im Vorquartal waren es 61,4%, im Vorjahr 51,5%.

WWW

Alle öffentlichen Ausschreibungen aufs Internet

(pd) Die Beschaffungskommission des Bundes (BKB) und die Koordination der Bau- und Liegenschaftsorgane des Bundes (KBOB) gehen im Rahmen des Projekts SIMAP.CH mit den Kantonen eine Partnerschaft ein. Das Projekt SIMAP.CH (Système d'information sur les marchés publics en Suisse) wurde von den Kantonen Waadt und Genf lanciert. Bisher haben sich 14 Kantone und das Schweizerische Handelsamtsblatt an der Partnerschaft beteiligt. SIMAP.CH soll voraussichtlich im Frühling 2002 seinen Betrieb aufnehmen.

Ziel des Projekts ist, ein gesamtschweizerisches Internetportal für öffentliche Ausschreibungen zu schaffen. SIMAP.CH soll allen öffentlichen Vergabestellen von Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung stehen, die dem öffentlichen Beschaffungsrecht unterstehen. Unternehmen, die an öffentlichen Aufträgen interessiert sind, können sich auf der Internetseite über alle aktuellen Ausschreibungen erkundigen. Daneben sollen auch viele nützliche Informationen für die Vergabestellen und die Auftragnehmer zur Verfügung stehen. SIMAP.CH soll den Wettbewerb fördern, die Transparenz verbessern, den Zugang erleichtern und gleichzeitig Ressourcen der öffentlichen Hand sparen.

KBOB online

(pd) Die Baukoordination des Bundes ist seit September online erreichbar. Unter www.admin.ch/kbob finden sich Informationen über das Bau- und Immobilienwesen. Zur Verfügung stehen u.a. alle KBOB-Empfehlungen (auch als pdf-Datei), Zusammenfassungen aller Entscheide der Eidgenössischen Rekurskommission für das öffentliche Beschaffungswesen seit 1996, Infos über die Organe der KBOB sowie wesentliche Rechtsgrundlagen.

PERSÖNLICH

T. H. Erismann achtzigjährig

Theodor H. Erismann, von 1969 bis 1988 ordentlicher Professor an der ETH Zürich und Direktionspräsident der Empa, ist am 29. August achtzig Jahre alt geworden. Für T. H. Erismann war – besonders in seiner Zeit als Direktionspräsident der Empa – die Förderung der Sicherheit von Mensch und Umwelt das nobelste Anliegen. Die Sicherheit von Bauwerken, Fahrzeugen, Maschinen und Apparaten sowie Massnahmen zur Reduktion der Luftverschmutzung und der Schutz unseres Wassers gegenüber Gefahren, die von mobilen und stationären Anlagen zum Transport bzw. zur Lagerung wassergefährdender Agenzen ausgingen, hatten für den Empa-Leiter höchste Priorität. Auch sein jüngstes Werk, das dieses Frühjahr erschienene, zusammen mit Gerhard Abele verfasste Buch «Dynamics of Rockslides and Rockfalls» zielt in eine ähnliche Richtung. Hier geht es darum, die vom Berg ausgehenden Naturgefahren abzuschätzen, gefährdete Siedlungsgebiete rechtzeitig zu evakuieren und unsichere Verkehrswege zu sperren.

Auch 13 Jahre nach der Emeritierung des Jubilars an der ETH und seinem Rücktritt als Direktionspräsident der Empa sind seine technisch-wissenschaftlichen Ideen und Werke immer noch allgegenwärtig. Erwähnt sei hier nur die von ihm nach innovativen Konzepten entworfene und im Eigenbau der Empa verwirklichte Grossprüfmaschine «ELS». Diese weltweit einzigartige Maschine erlaubt es, zur Erprobung langer Seile 30 MN (3000 t) Zugkraft auf gross-kalibrige Seile oder Parallel drahtbündel aufzubringen. Diese Supermaschine war unter anderem wichtig für die neusten Empa-Entwicklungen im Bereich modernster Paralleldrahtbündel aus kohlenstofffaserverstärkten Polymeren.

Prof. Urs Meier, Direktor Empa Dübendorf

PLANUNG**«Honey, I shrunk the Space»**

(pd/rw) Unter dem Titel «Honey, I shrunk the Space – Planning in the Information Age» haben sich vom 15.–19. September rund 200 Planerinnen und Planer am 37. Kongress der International Society of City and Regional Planners (Isocarp) in Utrecht NL getroffen. Hauptthema war die Frage nach dem Einfluss von Globalisierung, Deregulierung und von Informations- und Kommunikationstechnologie auf die räumliche Entwicklung sowie auf den Planerberuf.

Neue Aufgaben für die Planung...

Ausgegangen wurde von Referatsbeiträgen aus Privatwirtschaft, Wirtschaftswissenschaften und öffentlichen Ämtern. Aus der Diskussion ergaben sich viele neue Fragen sowie eine sich abzeichnende allgemeine Tendenz: Im post-industriellen Zeitalter kann sich private wie öffentliche Planung nicht mehr allein auf physisch-räumliche Ansätze und Instrumente verlassen, ohne an Bedeutung und Einfluss zu verlieren. Das Informationszeitalter verlangt nach einer Planung, welche auch das Management raum-zeitlicher Prozesse zu ihren Kompetenzen zählt.

Ockert van Zyl (CEO von Siemens Thailand) betonte in seinem Beitrag die Bedeutung der kulturellen und sozialen Differenz in der Reflexion der Globalisierung. *Bert van der Knaap* (Professor an der Erasmus-Universität Rotterdam) machte die Tendenz zu einem Raum aus, in dem Bewegungen ebenso wichtig sind wie Orte. *William J. Mitchell* (Prof. am MIT in Boston) stellte Beispiele von räumlicher und zeitlicher Fragmentierung und Neukombination von Aktivitäten dar.

Während dreier Tage vertieften sich dann die Teilnehmenden in über 50 Fallstudien aus allen Kontinenten aus den Themenkreisen «Kulturelle Identität und räumliche Segregation», «Dynamische Netzwerke und unabhängige Knotenpunkte (floating nodes)», «Cyberspace und Konzentrationsverlust».

Behandelt wurden Themen wie «New Urbanism», «Gated Communities» oder «Neue Flughafestädte». Exkursionen in die Planungsgebiete von Utrecht und Amsterdam ergänzten die Fallstudien. In intensiven Diskussionen konnten die Fragen nach der künftigen Rolle, Aufgaben und Werkzeugen der Planung von räumlicher Entwicklung mindestens ansatzweise beantwortet werden.

...und neue Planungswerkzeuge

Im Schlussbericht wurde festgehalten, dass Planung im heutigen nachmodernen Umfeld keine eindeutig abgegrenzte Disziplin mehr sein könnte und dürfe. Planerinnen und Planer müssten berücksichtigen, dass ihre Aufgabe – die räumliche Entwicklung zu steuern – künftig nicht allein im gebauten Raum angegangen werden kann, sondern auch die Einflussnahme auf Bewegungen, Flüsse und Informationen beinhaltet. Dass mit dieser Diversifizierung der Objekte auch eine Vervielfältigung der Arbeitswerkzeuge einhergehen muss, scheint unausweichlich: Der Bedeutungsverlust formaler Planungsinstrumente wird durch eine Aufwertung informeller Ansätze und Methoden zur Beeinflussung der räumlichen Entwicklung aufgefangen werden müssen. Weitere Informationen: Andreas Schneider, General Rapporteur Isocarp Congress 2001 a.schneider@bluewin.ch

WIRTSCHAFT**Aus SBK wird «bauen-schweiz»**

(sda) Die Schweizerische Bauwirtschaftskonferenz (SBK) will sich im Rahmen ihrer Umstrukturierung einen neuen Namen geben. «bauen-schweiz» soll die Dachorganisation künftig heißen, die entsprechende Anpassung der Statuten soll an der Frühjahrsversammlung im April 2002 genehmigt werden, sagte der in diesem Jahr neu gewählte SBK-Präsident Hans Hofmann an der Plenarversammlung der SBK am 8. November in Bern. Zudem plant die SBK ein Bauportal im Internet. SBK-Direktor Eduard Föhn erklärte die Verbesserung des Images der Bauwirtschaft durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und gezieltes Lobbying zum Schwerpunkt der künftigen «bauen-schweiz». Föhn ist wie Hofmann erst vor kurzem zur Bauwirtschaftskonferenz gestossen. Ein weiteres Ziel sei die Aufwertung der Aus- und Weiterbildung für eine dringend erforderliche Attraktivitätssteigerung der Bauberufe im Bildungswesen. Auch das Anpassen des Schweizerischen Baunormenwesens im Hinblick auf die Europäischen Normen sei wichtig.

Öffentliche Investitionen nötig

SBK-Präsident Hofmann mahnte die öffentliche Hand angesichts des drohenden Konjunkturrückgangs, keine Abstriche bei Investitionen in Infrastrukturbauten vorzunehmen. Es sei unverständlich, dass der Bund bei den Nationalstrassenbauten im kommenden Jahr rund 100 Mio. Fr. streichen wolle.

Budgetpolitisch motivierte Verzögerungen oder Kürzungen von notwendigen öffentlichen Bauaufgaben könnten zusammen mit der rückläufigen privaten Bauchfrage im kommenden Jahr zu einem Einbruch der Baukonjunktur führen. Darunter würde auch die übrige Wirtschaft leiden, schrieb die SBK schon im «Bauwirtschaftsspiegel» von Ende September. Kurzfristig erzielte Einsparungen von Bund, Kantonen und Gemeinden bei den Bauinvestitionen

könnten ein Mehrfaches an Folgekosten nach sich ziehen. Die in den vergangenen zwei Jahren eingetretene Erholung in der Baubranche sei einerseits konjunkturbedingt, andererseits durch Verkehrsinfrastrukturbauten ausgelöst worden. Die stärkeren Auftragspolster hätten auch im ersten Semester des laufenden Jahres zu einem moderaten Wachstum der Bautätigkeit geführt, wenn auch regional und spartenweise unterschiedlich. Die Arbeitsvorräte reichten voraussichtlich aus, um die stabile Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft bis Ende des laufenden Jahres zu sichern.

Hans Werder, Generalsekretär des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek), unterstützte als Gastreferent an der SBK-Plenarversammlung die Forderung der Bauwirtschaft. Die Investitionen in die grossen Infrastrukturen von Strasse und Schiene müssten zeitgerecht und stetig erfolgen. Dazu müsse die öffentliche Hand aber auch über genügend finanzielle Mittel verfügen. Werder hielt fest, dass der Bund die jährlichen Beiträge für den Unterhalt der Nationalstrassen bis 2008 von 460 Mio. auf 680 Mio. Fr. erhöhen wolle. Gleichzeitig müsse die Effizienz der Unterhaltsarbeiten verbessert werden. Der Bund prüfe in diesem Zusammenhang eine Auslagerung von Betrieb und Unterhalt an Dritte.

ARBEIT

Schwarzarbeit in der Schweiz

(sda/km) In der Schweiz arbeiten bis zu 180 000 Ausländer ohne Arbeitsbewilligung schwarz. Dies besagt eine Untersuchung des Schweizerischen Forums für Migrationsstudien (SFM), die das Bundesamt für Flüchtlinge in Auftrag gegeben hat. Zwar müssten die Ergebnisse mit Vorsicht betrachtet werden, schreibt das SFM. Dennoch sei die Zahl wahrscheinlich präziser als die bisher gehandelten Zahlen; die Studie basiere auf einer grösseren repräsentativen Umfrage.

821 Unternehmen beteiligten sich anonym an der Umfrage. Sie schätzen die Zahl von Schwarzarbeitenden in ihrer Branche über den Zeitraum der ersten Monate des Jahres 2001 ein. Während die einen Arbeitgeber die Schwarzarbeit als beträchtlich einstufen, erachten die anderen sie für praktisch inexistent.

Das SFM kommt in der Auswertung der Umfrage mit verschiedenen Kalkulationsmethoden auf eine Zahl von zwischen 70 000 bis 180 000 ausländischen Arbeitskräften ohne Bewilligung.

Praktisch keine Asylbewerber

Vor allem Ausländer ausserhalb des Asylverfahrens arbeiten schwarz. Wer als Asylsuchender registriert ist, hat es wegen hoher administrativer Hürden schwerer, eine lukrative Arbeit zu finden. Asylsuchende (mit Aufenthaltsbewilligung F und N), die schwarz arbeiten, zählte das SFM denn auch nur einige tausend, wobei abgewiesene Asylsuchende nicht mitgezählt wurden.

Am meisten Schwarzarbeit wird wie erwartet in den Bereichen Landwirtschaft, auf dem Bau, im Gastgewerbe und der Hotellerie geleistet. Gemäss der Studie werden in jeder der vier Branchen etwa 20 000 Schwarzarbeitende beschäftigt. Über die anderen Branchen macht die Studie keine Aussagen.

Westschweiz stärker betroffen

Es hat sich auch herausgestellt, dass Westschweizer Unternehmen

um 30 Prozent stärker von Schwarzarbeit betroffen sind als Firmen in der restlichen Schweiz. Auch in kleinen Firmen wird überdurchschnittlich viel schwarz gearbeitet.

Laut einem Communiqué des SFM soll die Studie Ende Jahr publiziert werden.

und nach einer Katastrophensituation zum Zug kämen.

Der gleichwertige Einsatz dieser drei Bereiche, das so genannte Integrale Risikomanagement, zeigt laut Ammann, dass die Experten auch in Zukunft trotz bester Vorbeugung mit eintretenden Katastrophen rechnen. Deshalb sei es wichtig, auch über effiziente Massnahmen während und nach einer Krisensituation zu verfügen.

Bund vermehrt in Führungsrolle

Zu diesem Schluss kommt auch die vom Bund ins Leben gerufene Arbeitsgruppe Planat. In ihrem Visionspapier (Stand August 2001) hält sie neben dem Integralen Risikomanagement auch fest, dass alle beteiligten Behörden und Institutionen auf den Stufen Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam handeln müssen.

Dabei soll der Bund in Zukunft vermehrt die strategische Führung übernehmen. Das sei vor allem dort notwendig, wo Ereignisse kantonsüberschreitend auftreten und eine interkantonale Koordination nötig werde.

Bei der Forstdirektion des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) war noch bis 1990 Risikomanagement im Zusammenhang mit Sturmereignissen kein Thema, wie der Eidgenössische Forstdirektor, Werner Schärer, sagte. Erst der Sturm Vivian habe zur Folge gehabt, dass 1991 ein Katastrophenartikel im Waldgesetz aufgenommen wurde.

Erfahrungen international einbringen

Dass das Risikomanagement in der forstlichen Verwaltung auf Bundesstufe zu den primären Aufgaben gehöre, habe sich aber erst seit Lothar durchgesetzt, sagte Schärer weiter. Anders sehe es bei «klassischen Naturgefahren» wie Lawinen, Steinschlägen und Rutschungen aus.

Dort sei man schon seit längerer Zeit daran, ein Integrales Risikomanagement aufzubauen. Im Planat-Visionspapier heisst es denn auch, dass die Schweiz ihre Erfahrungen mit diesen Naturgefahren auch in der internationalen Kooperation zum Tragen bringen soll.

UMWELT

WSL-Tagung zum Risiko betreffend Naturgefahren

(sda/km) Einen vollständigen Schutz vor Naturgefahren gibt es nicht. Möglichkeiten der Schadensminimierung wurden an der Veranstaltung «Risiko und Dialog Naturgefahren» diskutiert, zu der die Eidgenössische Forschungsanstalt Wald, Schnee und Landschaft (WSL) eingeladen hat. Eine immer dichtere Besiedlung und die Ansprüche der Gesellschaft an Mobilität, Versorgung und Kommunikation haben das Risiko erhöht, von Naturkatastrophen getroffen zu werden, sagte Walter Amman vom Eidgenössischen Institut für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) an der WSL-Tagung.

Drastisch vor Augen geführt habe dies das «Jahrhundert-Katastrophenjahr 1999»: Lawinen im Winter, Hochwasser im Frühling und Sturm Lothar zum Jahresende hatten laut Ammann über 50 Todesopfer zur Folge und Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Und dies, obwohl in den letzten Jahrzehnten mehrere Milliarden Franken für Schutzmassnahmen eingesetzt worden seien.

Menschenleben schützen als oberstes Ziel

Die Experten kamen zum Schluss, dass Massnahmen künftig noch gezielter eingesetzt werden müssen. Als oberstes Ziel gelte es dabei, Menschenleben zu schützen. Nicht nur vorbeugende Massnahmen seien wichtig, sondern auch jene, welche während